

# Dresdner Volkszeitung

Verlagsort: Leipzig.  
Raben & Komp., Nr. 20613.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Bankkonto:  
Gebr. Arnhold, Dresden.

Abonnementpreis mit der täglichen Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst einschließlich Beleglohn monatlich 1,50 M. Durch die Post bezogen monatlich 4,10 M., unter Kreuzband für Ausland und Fernschickung 4,50 M. Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Wettinerplatz 10. Tel. 25 261.  
Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.  
Expedition: Wettinerplatz 10. Tel. 25 261.  
Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die Tagesblätter mit 45 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt, ebenso auf Vereinsanzeigen. Inserate müssen bis spätestens 10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 20.

Dresden, Donnerstag den 24. Januar 1918.

29. Jahrg.

## Wie steht's mit dem Frieden im Osten?

Von Eduard David, M. d. R.

In den Friedensverhandlungen mit der bolschewistischen Regierung ist eine neue zehntägige Pause eingetreten. Trotzki mußte nach Petersburg, wo der Zusammentritt der Konstantine eine schwere innerpolitische Krise eingeleitet hat. Es ist sehr zu bedauern, daß es nicht vorher in West-Litowitz zu einem festen, den Frieden in sichere Aussicht stellenden Ergebnis gekommen ist. Man ist auseinandergegangen nach dem Hintergrund der gleichen Meinungsgegenstände über die Durchführung des Selbstbestimmungsrechts in den besetzten Gebieten und bei der ersten Unterredung.

In einem etwas erweiternden Resultat sind die verschiedenen politischen Beratungen mit den Ukrainern geblieben. Sie haben nach dem deutschen Bericht zu einer Feststellung der wesentlichen Grundzüge des Friedensvertrages geführt. Auch ein Teil der ukrainischen Delegation ist daraufhin nach Hause gereist, um die Zustimmung der ukrainischen Regierung einzubringen. So annähernd auch ein Sonderfrieden mit der ukrainischen Volksrepublik an sich wäre, so müßte doch dringend davor gewarnt werden, ihn etwa als „Friede“ für einen Frieden mit ganz Rußland anzusehen. Er wäre nicht zugleich auch mit der Petersburger Regierung der Friede, dann geriete die jetzige gemäßigt-sozialistische Regierung der Ukraine zwischen zwei Feuer. In der Opposition der unter dem Einfluß der Entente stehenden ukrainischen Bourgeoisie mit ihrem militärischen Rückhalt Kaledin-Kornilow käme der Anstoß der starken bolschewistischen Kräfte innerhalb und außerhalb des Reichsgebietes der jetzigen russischen Regierung. Mit dem Sturz dieser wäre auch der Separatfrieden erledigt.

Woran liegt es, daß man mit Trotzki noch nicht zu einer Einigung gelangt ist? — Gewisse Leute sind wohl bei der Hand mit der Erklärung, Trotzki wolle gar nicht ernstlich den Frieden; er ziehe absichtlich die Verhandlungen in die Länge, um inwieweit sein eigentliches Ziel, die proletarische Revolution in allen Ländern, zu fördern. Von denselben Leuten kann man dann im gleichen Atemzug die Behauptung hören, Rußland müsse „unter allen Umständen“ den Frieden haben; die Bolschewiki werten sich nur etwas; schlage man mit der Hand des Siegers auf den Tisch, so würden sie jeden Frieden schließen, den man ihnen diene. Der Widerspruch dieser beiden Behauptungen liegt klar zutage. Keine von beiden ist richtig.

Was wollte Trotzki? — In erster Linie einen allgemeinen demokratischen Frieden, und falls der am Widerstand der Entente scheiterte, einen Sonderfrieden mit den Zentralmächten auf der Grundlage der russischen Plattform. Und einen solchen Frieden wollte er so rasch als möglich. Es kann gar kein Zweifel sein für jeden, der sich die Situation der bolschewistischen Regierung vergegenwärtigt. Denn Trotzki hatten über ihre Widerläufer einzig und allein gehiegt mit der Parole: Sofortiger Friede! Der Abfall der Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräte von Kerenski, Terestischenko, Kiselewa und Genossen hatte seinen Hauptgrund in deren immer zweifelhafter werdenden Haltung in Sachen des Friedens. Die russischen Volksmassen wollen den Frieden, und die junge Demokratie braucht ihn, um sich im Innern zu festigen und an die gemaltigen Kulturaufgaben gehen zu können, die ihrer harren.

Belang es den Bolschewiki, dem schwer gequälten russischen Volke den ersehnten raschen und dabei ehrenvollen Frieden zu schaffen, so war ihre Stellung im Innern fürs erste schwach, und sie gewannen Zeit, die tiefgreifenden sozialen und wirtschaftlichen Umgestaltungen, die in ihrem Programm stehen, mit Macht in Angriff zu nehmen. Der Jubel, mit dem der Abbruch des Kaiserreiches und mehr noch die dem entgegenkommende gemeinsame Erklärung der Delegierten der Verbündeten am 25. Dezember in der Presse der Bolschewiki begrüßt wurden, beweist am besten ihren eigentlichen Willen zu raschem Frieden.

Die Erklärungen, die Herr von Mühlmann dann am 28. Dezember hinsichtlich der Durchführung des Selbstbestimmungsrechtes abgab, haben diesen Jubel sich verstimmen lassen. Schwärste Kritik gegen die deutsche Regierung setzte ein. Trotzki ging dann selbst nach West-Litowitz, um die schwierige Situation zu meistern. Die langwierigen Diskussionen haben sich immer nur um die eine Kernforderung der Russen gedreht: Sicherung einer wirklich freien Befreiung des Volkswillens in den besetzten Gebieten. Das ist nicht nur ein oberstes demokratisches Prinzip für die Russen; es ist eine praktisch-politische Notwendigkeit für sie. Können sich die Westmächte aus freien Stücken auf Grund einer einwandfreien Befreiung des Volkswillens nicht nur vor ihren gegenwärtigen Widerlächern, sondern auch vor jeder anderen kommenden Macht in Rußland. Geben sie aber jene Gebiete zugleich mit ihren Prinzipien preis, so diskreditieren sie sich selbst, und ihre Gegner haben leichtes Spiel.

Daraus versteht sich die Jähigkeit Trotzki bei den Verhandlungen über den Kardinalpunkt. Es ist nicht wahrscheinlich, daß er auf ausreichenden Garantien für eine demokratisch einwandfreie Durchführung des Selbstbestimmungsrechtes verzichtet. Angenommen aber, er beugte sich angesichts der Auflösung der russischen Front dem Zwang der Verhältnisse

und nähme mit zusammengebißenen Zähnen einen Notfrieden an, was hätte Deutschland damit gewonnen? Selbst wenn die Bolschewiki auch dann noch am Ruder blieben, böte ein solcher Friede nicht die geringste Garantie der Dauer. Es wäre sogar nicht ausgeschlossen, daß die Russen noch während der Fortdauer des Krieges im Westen, sobald sie sich einigermaßen erholt hätten und die Situation günstig ersehe, den Kampf von neuem aufnahmen. Nicht einmal die erzielte militärische Entlastung im Osten wäre für uns erreicht. Und die Entente hätte in Rußland wieder Oberwasser. Die Bildung einer Regierung, die das alte Verhältnis zu ihr wieder herstellte, wäre wohl nur eine Frage kurzer Zeit. Die große Gelegenheit einer politischen und wirtschaftlichen Annäherung zwischen Deutschland und Rußland wäre verpöht und die Weltkoalition gegen uns neu geformt.

Es ist aber, wie gesagt, wenig wahrscheinlich, daß die bolschewistischen Vertreter einen mit ihren Prinzipien und ihren Parteinteressen unvereinbaren Gewaltfrieden schließen würden. Die Stimmung, welche die sozialrevolutionäre Mehrheit der Konstantiner in ihrer einzigen Sitzung vor der Sprengung zum Ausdruck gebracht hat, macht das noch unwahrscheinlicher. Alles spricht vielmehr dafür, daß Trotzki, wenn er keinen demokratisch-annehmenden Frieden erlangen kann, unter starker Herausforderung des Gegenjagers der Auflassung mit schärfstem Protest vor aller Welt die Verhandlungen in West-Litowitz abbrechen wird. Damit kann er in Rußland bestehen. Er würde sich rühmen können, die Grundzüge der Demokratie hochgehalten und sein möglichstes getan zu haben, um die Volksmassen in den Zentralstaaten zu revolutionieren. Die Entente aber würde ihm dann gern goldene Brücken bauen.

So stehen die Dinge. Man sollte denken, jeder in Deutschland, der seine fünf gesunden Sinne zusammen hat, müsse daraus den einzig möglichen Schluss ziehen; also suchen wir zu einer raschen ehrlichen Verständigung über den Hauptstreitpunkt zu kommen. Eine wirklich unabhängige Befreiung des Volkswillens in Polen, Litauen und Lettland ist allen Beteiligten eine unentbehrliche Voraussetzung zur Schaffung guter, dauerhafter Zustände im Osten. Wollen beide Parteien ernstlich und aufrichtig dieses Ziel, dann kann und wird man sich über den Weg und die Garantien der Durchführung einigen.

Graf Czernin hat den schwer beunruhigten österreichischen Völkern erklärt, er halte und bürge mit seiner Person dafür, daß er den Frieden in Erörterungsabsichten nicht überlassen lassen werde. Der allein beruende Führer der Verhandlungen von deutscher Seite müßte die von der Reichsleitung früher abgegebenen Erklärungen verweigern, wollte er zögern, eine ebenso einwandfreie Zusicherung zu geben. Auch das deutsche Volk muß die Gewissheit haben, daß unbedacht des Reichsgebietes der mehr als je sich vordringenden alldeutschen Volkspolitiker der klare und feste Wille, zu einem Frieden der Verständigung und dauernden Verständigung zu kommen, in der Reichsleitung herrscht.

## Vor den Erklärungen des Reichskanzlers.

Die Vorklärung schreibt: Den Erklärungen, die Graf Hertling im Hauptausfluß abgab, sieht man mit berechtigter Spannung entgegen. Es wird sich nicht nur um eine Erklärung der durch die Verhandlungen in West-Litowitz geschaffenen Lage handeln, sondern vor allem um eine Antwort auf die Rede König Georges und Wilsons. Es dürfte nicht nur die Fragen, sondern auch wichtige berührt werden. Der Reichskanzler wird, wie allgemein angenommen wird, über unsere Absichten im Westen Entscheidendes sagen. Dies ist wohl schon aus dem Grunde erforderlich, da damit zu rechnen ist, daß Graf Czernin gleichfalls eine klare Stellung zu all diesen Fragen nehmen wird.

## Die Parteiführer beim Chef der Reichsleitung.

Wie der V. A. hört, fand gestern nachmittag ein Empfang der Parteiführer beim Chef der Reichsleitung statt. Der Unterstaatssekretär von Madawitz gab den Parteiführern in großen Ziffern das Programm der Rede bekannt, die der Kanzler heute im Hauptausfluß halten wird. Verlangung v. Madawitz wird voraussichtlich die Parteiführer heute vor Beginn der Sitzung noch einmal empfangen. In parlamentarischen Kreisen wird mit dem Zusammentritt des Reichsausschusses gerechnet.

## Eine allgemeine politische Debatte nach der Kanzlerrede.

Berlin, 24. Januar. Die V. A. schreibt: Die angekündigte Debatte des Staatssekretärs des Innern, Herrn v. K. M., am 25. Jan. hat gestern nachmittags 10 Uhr in der Reichsleitung stattgefunden. Die Besprechung dauerte über drei Stunden. Zunächst erhielt der Staatssekretär eingehend Bericht über die Friedensverhandlungen. An diesen Bericht schloß sich eine

## Der amtliche deutsche Kriegsbericht.

(28. J. A.) Amtlich. Großes Hauptquartier, den 24. Januar 1918.

### Westlicher Kriegsschauplatz.

Keine besonderen Ereignisse.

Kege Erkundungstätigkeit unserer Infanterie brachte an vielen Stellen der Front Befragene ein. An der Rahn Becken-Sieben wurden sechs Beschnengeschütze erbeutet.

### Ostlicher Kriegsschauplatz.

Nichts Neues.

### Mazedonische Front.

In einzelnen Abschnitten Erkundungstätigkeit. Südwestlich vom Doiran See spezialisierte ein englischer Vorpost.

### Italienische Front.

Die Lage ist unverändert.

Der Erste Generalquartiermeister: Lubendorff.

Für vertraulich erklärte Erörterung, in der alle Parteiführer das Wort ergreifen. Es war auch, wie bisher, der Führer der Unabhängigen Sozialdemokraten, Abg. Haase, erschienen. Der Reichskanzler hat an der Sitzung nicht teilgenommen. Es steht nunmehr fest, daß der Reichskanzler heute nachmittags 10 Uhr im Hauptausfluß sprechen, und daß sich an seine Rede eine allgemeine politische Debatte anschließen wird.

### Lubendorff und Lubendorff beim Reichskanzler.

Berlin, 24. Januar. Beim Reichskanzler fand gestern, wie das V. A. berichtet, eine Konferenz statt, an der auch Generalleutnant Marchall v. Lubendorff und General Lubendorff teilnahmen.

## Undeutsche Wutergüsse.

### Ebert und Scheidemann auf den Sandhaufen!

Die amerikanische Presse ist durch die Ereignisse der letzten Tage in die größte Wut versetzt worden und es werden dort wieder einmal die denkbar schärfsten Töne angeschlagen. Bezugnehmend auf die Vorgänge im Hauptausfluß, führt die Kreuzzeitung aus: Ebert und Scheidemann würden nicht leugnen wollen, daß sie mit ihren Worten offen mit dem Streit nach österreichischen Hinter geordnet hätten. Es sei der Streit in Österreich in erster Linie auf die Munitionsfabriken und sonstigen Stätten der Rüstungsindustrie erstreckt hätte, so gäbe es kaum eine größere Form des Hochverrats. Von Reichs wegen geschätzten die Ebert und Scheidemann auf den Sandhaufen. Die Berliner Neuesten Nachrichten schreiben Scheidemann hat die Aufhebung der Verbots des Wehrmarsches durch die Drohung erzielt, daß die Arbeiterkraft sonst auf den Gedanken kommen könnte, daß sonst andere Mittel angewendet werden müßten, um man das Recht zu seiner Meinung gelangen lasse. Letztlich könne der Reichsausschuss nicht gebrocht werden, die es bisher nicht habe tun lassen sollen, den internationalen Sozialdemokraten immer wieder die Heeren zu hören, daß sie ihre Ziele durch die Drohung erreichen könnten.

Die Deutsche Tageszeitung behauptet, selbst das starrköpfigste Blatt der sozialdemokratischen Weltanschauung habe bereits offen mit landesverräterischen Gedanken nach der Methode von Wien. Es sei klar, daß die innere Grenzüberwachung für Deutschland ebenso brennende Lebensfrage sei, wie die Schaffung eines ängeren Grenzschutzes. Die sozialindustrielle Deutsche Zeitung ruft: Was von der Sozialdemokratie. Die Regierung solle sich von der Fesseln der wirtschaftlichen Forderungen des Selbstbestimmungsrechtes der Völker lösen. Das Blatt wünscht, daß durch die Lösung der Weg zu einer neuen Regierungsmehrheit ohne die Sozialdemokratie erschaffen werde, dann werde auch Handlungsfreiheit in der Wahlrechtsfrage in Preußen erreicht und um die Aufhebung des § 108 der Reichsgewerbeordnung könnte man dann auch beraufkommen.

In diesen Ausfahrungen zeigen sich die Ziele unserer alldeutschen Anrennen in der unerschütterlichen Welt: ein Gewaltfrieden nach außen, im Innern Verwirklichung der Wahlrechtsreform. Eine Verbesserung des Koalitionsregimes und Anhebung der breiten Massen bis zum äußersten, das soll der Lohn für die schweren Opfer sein, die das deutsche Volk in diesem Krieg gebracht hat.

Die Erfüllung der Wünsche dieser Leute könnte leicht den Untergang Deutschlands bedeuten. Bei aller Gutmütigkeit militärischen Lage stehen wir aber doch nicht so, daß ohne die schmerzlichen Opfer für Deutschland eine derartige Politik durchführbar werden könnte. Darüber sollten wir uns auch die Herren Amerikaner klar sein: Dinge es nach ihrem Wunsch so würde die Nation, die so viele erduldet haben, um Stimmungen erlangen, die es vornehmlich auslöste, daß sie noch weiter die Opfer und Entbehrungen ertragen, die ihnen die Fortführung des Krieges auferlegen wird.